

U-Boot-Kriege beendet haben konnten". Nicht jedoch in den unfernen U-Boot-Kommandanten nach und nach aufzulegenden Beschränkungen steht ein Fachmann, wie Vizeadmiral a. D. Dr. h. c. Gallier, die Ursache des unbefriedigenden Erfolges, sondern lediglich in der zu jedem Zeitpunkt zu geringen Zahl der Boote! Sie werden Hindenburg und Ludendorff nachzuweisen vermögen, daß sie sich in verantwortungsbewusster Sachlichkeit auch nur über die Zahl der verfügbaren U-Boote zureichend unterrichtet hätten, ehe sie mit dem Druck ihrer Autorität die U-Boot-Kriegsentscheidung entseften und damit Amerikas Eingreifen provozierten. „Wir sind, so hat Hindenburg am 9. 1. 17 erklärt, gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Amerika, Dänemark, Holland und auch die Schweiz. Die Gelegenheit für den U-Boot-Krieg ist so günstig wie kaum jemals wieder. Wir können ihn führen und müssen ihn führen.“

Schon April 17 aber hing das Problem einer großen Westoffensive in der Luft — nicht zuletzt in Ansehung von Aufstandsfermenten —, hatte ja doch die DFL in plombierten Wägen die Einreise (nur mit Ludendorff zu sprechen), der für ganz Europa gefährlichen Macht der Bolschewiki bewirkt. Große Entschlossenheit lesen — in der Strategie wie in der Politik — Kildenfreiheit voraus. Ganz abgesehen von der fehlerhaften Anlage scheiterte aber diese Frühjahrs- und Sommeroffensive 1918 deshalb schon, weil die Deutschen im Balkan und die Oesterreicher in Italien militärisch den „Dolchstoß“ empfingen.

1917 hätte mit den Italienern militärisch restlos Schluß gemacht werden können, wenn Hindenburg und Ludendorff, statt lediglich bei Tolmein mit 8 Divisionen anzupacken, auch von Trient aus mit einem weiteren Duzend angegriffen hätten. „Die Dörrfront, so hat General Hoffmann, damals Chef von „Oberost“, erklärt, hätte um diese Zeit ohne weiteres stärkere Kräfte hergeben können. — Der Erfolg läßt sich kaum ausmalen, den man mit der großen Operation hätte erringen können.“

In Stambul saßen seit 1917 als Vertrauensmänner Hindenburgs die „Palas“ von Seekt, von Loffow und von Koch. „Orientreferent“ im Großen Hauptquartier war der Generalstabsoberst von Merk, heute Präsident des Reichsarchivs (Wolsdam). Noch vor der Märzoffensive 1918 wird der abenteuerliche Plan ausgetoht, türkische Elitetruppenteile aus den Kampfzonen im Orient herauszuführen und zwecks Rückeroberung von Bagdad (im Frühjahr 1918) im Kaukasus sofort zu versammeln. Die geschwächte Palästinafront bricht zusammen. Stambul ist mit einer einzigen schwachen Division besetzt. Auch die Salonikfront bricht. Türkei und Bulgarien kapitulieren. Auch deutsche Elitetruppen, die (obwohl schwach) zur Stützung der Balkanfront ausgereicht hätten, hatte man für das persische Abenteuer in den Kaukasus verschoben!

Es nicht das A und O jeder Feldherrnkunst die Zusammenfassung der Kräfte zur Hauptentscheidung, gar zu einer solchen wie der Frühjahrsoffensive 1918, wo alle und die letzten Kräfte eingesetzt werden? Doch jedoch vermochte keine Reserve zu verschieben, um das bei Amiens geschlagene Loch zu stopfen, und (nach des „Sachverständigen“ General von Kuhl Behauptung!) hatten wir an entscheidender Stelle (17. Armee) nicht genug schwere Artillerie! Dabei sind aber am 21. März 1918, als die Offensive losging, im Osten belassen gewesen 40 095 Offiziere, 1 004 935 Mann, 281 770 Pferde, so daß aus dem Osten von Mitte März bis Oktober noch über 20 Divisionen (rund 18 000 Offiziere, 600 000 Mann, 90 000 Pferde) und Hunderte von schweren Geschützen (aus Rußland und Rumänien) haben nachgeschoben werden können. Wenn die erwähnten 20 Divisionen zu sonst nichts brauchbar gewesen wären als zu lebensmonatiger Arbeit an den Gerippen rückwärtiger Stellungen im Westen, hätten sie sich bezahlt gemacht. Teils aus ihnen, teils auch aus durch sie abgelassen, wohl ausgerüsteten Stütztruppen des Westens hätten sich aber sogar, wenn auch nicht Stoßtruppen ersten Ranges, so doch noch Manövertruppen, ja selbst Waffen zu großangelegten beschränkten Westensangriffen bilden lassen, durch die die Frontreserven gebunden worden wären. Jedes weitere Wort der Kritik ist angesichts solcher ungeheurer Fehler überflüssig!

Im Herbstzusammenbruch haben die Ludendorff und Hindenburg am 29. September die weiße Flagge aufzulegen müssen. Doch am 3. Oktober bleibt Hindenburg auf der „Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen“. Auch sei es „geboten, den Kampf abzubrechen“. Die grundlegenden Waffenstillstandsbedingungen nimmt er an. Ein Jahr darauf jedoch, als zu Weimar die traurigen Konsequenzen gezogen werden müssen, erklärt er schroff: „Ich habe mich seinerzeit der Regierung gegenüber ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen muß. Unter dem Antrieb der Besatzung und Genossen liebäugelt er mit Eröffnung (1919) des „Befreiungskampfes“ vom Osten aus. Unter dem Antrieb der Ludendorff und Helfferich gibt er am 19. November im Untersuchungsausschuß — die „Dolchstoß“-I) erklärt er unter schriftlich gemeinsam mit „seinem treuen Kampfgesossen“ Ludendorff: „Nur an der Wahrheit kann das deutsche Volk wieder genesen.“

Die Wahrheit ist, daß es in der ganzen Weltgeschichte keinen zweiten Feldherrn gibt, der mit schwersten Währnissen derart belastet ist wie Hindenburg. Die Wahrheit muß dann hinausgerufen werden, wenn sie am lautesten, meinstimmlichsten auch am schärfsten hallt. Es ist nicht zu verkennen, daß eine großbäuerlich gesunde Robustheit, mit welcher der ehemals zu weit einfacherem Lebenschnitt genötigte Pensionist sich in die mögliche Breite seiner dienstlich-repräsentativen Lebensführung schied, als Symbol der Unergesundtheit deutschen Volkstums mißdeutet werden kann. Ein Reibhergenius ist er so wenig wie ein staatsmännischer Wegführer.

### Die Hindenburg-Amnestie.

U Berlin, 1. Oktober.

Am 1. wird mitgeteilt: Aus Anlaß seines 80. Geburtstages hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Herrn Reichsjustizministers in 75 Fällen Strafen, die von Gerichten des Reiches ergangen sind, im Gnadenwege erlassen oder gemildert. Er hat sich ferner entschlossen, seine sämtlichen Strafanträge wegen Beleidigung zurückzuziehen und bei den Länderregierungen die Begnadigung der wegen Beleidigung seiner Person bereits verurteilten Personen in Anregung zu bringen.

Die Länderregierungen haben sich bereit erklärt, dieser Anregung zu entsprechen. Die Länder haben den 80. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten zum Anlaß genommen, in gleicher Weise Strafen, die von ihren Gerichten erkannt worden sind, einzelne Gnadenerweise in größerer Anzahl zu bewilligen oder in Aussicht zu nehmen.

### Amnestie in Bayern und Württemberg.

SWD München, 1. Oktober (Radio).

Die bayerische Amnestie umfaßt etwa 200 Personen. Die amtliche Mitteilung besagt nur, daß die Regierung Strafen bayrischer Gerichte in größerer Zahl erlassen oder gemildert habe. Nach der Volksischen Zeitung soll die Amnestie sämtliche Räterepublikaner umfassen mit Ausnahme des Reggers Lindner, der das Attentat auf den Abgeordneten Auer im Landtag verübt hat. Der Strafausschuß für den Grafen Arco ist in endgültige Begnadigung umgewandelt worden. In Württemberg sind 67 Gefangene entlassen und 229 Verurteilte „mit einem Gnadenerweis bedacht“ worden.

# „Reinigungsaktion“ im Reiche Reudells.

## Deutschnationale Vetterwirtschaft im Innenministerium.

Die deutschnationalen Minister waren seit jeher eifrig bemüht, die Regierungsgeschäfte nach dem Vorbild des Vetternsystems zu führen, wie es unter dem Kaiserreich herrschte. Der deutschnationale Reichsinnenminister scheint sich, in Ermangelung sonstiger Qualitäten für sein Amt, auf dieses System ganz besonders zu verlassen. In welchem Maße er in den neun Monaten seiner Regierungstätigkeit für seine Familienangehörige und gute Freunde gesorgt hat, schildert das Berliner Tageblatt in seiner Freitag-Abendausgabe wie folgt:

Inzwischen hat sich Herr v. Reudell aus Beamten, die er teils vorand, teils ins Ministerium berief, einen Stab von fünf deutschnationalen persönlichen Adjutanten gebildet, denen der Minister Spezialaufgaben überträgt. Zu ihnen gehört zunächst sein eigener Bruder, der von dem deutschnationalen Innenminister Schiele so rasch beförderte Regierungsrat — Überregierungsrat — Ministerialrat v. Reudell, dessen auffallend schnelles Advancement gerade bei deutschnationalen Beamten lebhaften Verdruß hervorgerufen hat. Er, der lediglich aus parteipolitischen und familienpolitischen Gründen ins Amt berufen wurde, war nach Schiele's Abgang zunächst beschäftigungslos und wurde dann in der Hauptsache mit der Bekleidung von Schlafwagen für Dienststellen, und mit ähnlichen Angelegenheiten beschäftigt, bis man für ihn die Stellung zweier nachgeordneten Stellen ausfindig machte, in denen es wenig zu tun und nichts zu verdienen gab. Aus diesem Dornröschenschlaf hat ihn sein Bruder jetzt wieder hervorgeholt.

Der zweite Adjutant des Ministers ist der von ihm einberufene Herr Walcaff, der Sohn jenes deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, der sich durch sein bekanntes völliges Versagen auf dem Posten des Reichstagspräsidenten besonders ausgezeichnet hat. Es wäre aber falsch, wenn man annehmen wollte, daß dieser Stab ausschließlich nach den Gesichtspunkten der Familienbeziehungen ausgewählt ist. Der von Herrn v. Reudell ebenfalls als persönlicher Adjutant einberufene Regierungsrat Müller, der früher dem Finanzamt Charlottenburg angehörte, ist mit dem Minister weder verwandt, noch verschwägert, er gehört nur der deutschnationalen Volkspartei an. Der Überregierungsrat Schmidt-Leonhardt, den Herr von Reudell vorand, wird jetzt in ganz eigenartiger Weise mit Kabinettvorlagen befaßt: er mußte zum Beispiel zu den Zollvorlagen des Herrn Schiele große zustimmende Voten ausarbeiten, die doch eigentlich zu den Aufgaben des Innenministeriums gar nicht gehören und ihre Erklärung nur darin finden, daß der eine deutschnationale Minister dem anderen in die Hände spielen will.

Jetzt will man in aller Stille einen neuen Schlag führen. Ministerialrat Reisenberg, der Reserver für Flaggenfragen und Wahlrechtsfragen, der vermutlich selbst noch nichts von dem ihm zugedachten Schicksal weiß, soll aus seinem Amt entfernt werden. Das Reichsinnenministerium hat das Glück, in Ministerialrat Reisenberg einen besonderen Fachkenner aller in sein Gebiet fallenden Fragen zu besitzen, der, als hervorragende Autorität auf diesem Gebiete, sich auf ihnen auch vielfach wissenschaftlich betätigt hat. Freilich steht auch er, dem Verdacht unbedingter republikanischer Verfassungstreue. Und von diesem Mann ist der heftigste Widerstand zu befürchten, wenn aus dem Gebiete der Flaggenfrage irgendwas gegen die Verfassung unterommen werden soll. Reisenberg ist zwar ein eminent tüchtiger Beamter. Aber auf seinem jetzigen Posten ist er der deutschnationalen Parteileitung, ist er dem deutschnationalen Minister von Reudell sehr unbequem.

Dem Zentrum ist diese deutschnationale Vetterwirtschaft natürlich nicht unbekannt. Es hat sich dagegen bisher ebenso wenig gewehrt, wie gegen den Abbau des liberal hochgeschätzten Ministerialdirektors Brecht. Wie wird es sich jetzt zu dem deutschnationalen Plan, von Reisenberg in die Wüste zu schicken, stellen? Dieser Plan ist zwar inzwischen halb offiziös demontiert worden. Trotzdem hat er, wie der Sozialdienst betont, bei dem deutschnationalen Innenminister genau so bestanden, wie die Absicht, dem deutschnationalen Freiherrn v. Gayl die Leitung des in Aussicht genommenen Reichskommunikations für Ostpreußen anzuvortragen. Dem halb offiziellen Dementi ist deshalb wenig Wert beizumessen. Vorübergehend hat man vielleicht den Plan, Reisenberg loszuwerden, ausgegeben, um ihn nach einigen Wochen

troh dem durchzuführen. Infolgedessen ist im Lager der Republikaner alle Vorhüt am Platze. Die Deutschnationalen arbeiten planmäßig daraufhin, die alte Eliten- und Vetterwirtschaft, wie sie im alten Preußen-Deutschland bestand, auch in der Republik weiter zu betreiben. Sie nennen das — „Reinigung Deutschlands“!

### Reudells Nationalflagge.

#### Abkaffung der schwarzrotgoldenen Flagge — keine Verfassungsänderung!

SWD Berlin, 1. Oktober. (Radio.)

Ueber Pläne des Reichsinnenministers v. Reudell berichtet das Berliner Tageblatt folgendes:

„Die Pläne im Reichsinnenministerium gehen dahin, die Handelsflagge schwarzweißrot mit der schwarzrotgoldenen WfH in der oberen inneren Ecke als Nationalflagge erklären zu lassen. Man steht dort auf dem Standpunkt, daß das keine Verfassungsänderung (!) bedeuten würde. Die Auslegung geht dahin: Im Artikel 3 der Deutschen Reichsverfassung sei nur in Bezug auf die Handelsflagge von einer Flagge überhaupt die Rede. Im übrigen selbst es, daß die Reichsflagge schwarz-rot-gold sein. Diese können als Reichsflagge bestehen bleiben und im Reichswappen sowie in den Kokarden der Reichswehr zum Ausdruck kommen. Das ist die Rechtsauffassung des Herrn v. Reudell und seiner Berater. Sie erklären, daß unter diesen Umständen die Weimarer Verfassung und der Artikel 3 dieser Verfassung kein Hindernisgrund seien, die Handelsflagge schwarzweißrot mit der Reichsflagge in der inneren Ecke als Nationalflagge zu verkünden und gesetzlich festzusetzen. Sie wollen also den Begriff der Handelsflagge in einem Sinne erweitern, der zweifellos verfassungsändernd ist, sie glauben aber, mit ihrer sophistischen Auslegung nicht nur bei der Deutschen Volkspartei, die dieser Auslegung angeblich begeistert zustimmen bereit ist, sondern auch beim Zentrum und Gegenüber zu finden. Es wird abzuwarten sein, inwieweit das der Fall ist. Es bedarf keines Wortes, um festzustellen, daß die Rechtsauffassung, die zu so absurden Folgerungen führt, natürlich vollkommen unhaltbar ist.“

### Der Titelfug.

SWD Der verdächtige Gesetzentwurf über die Regelung des Amtsbezugs der Reichsbeamten ist jetzt dem Reichsrat vorgelegt worden. Der Entwurf sieht vor, daß die Amtsbeziehungen künftig vom Reichspräsidenten geregelt werden. Man will also die Neuregelung der Amtsbeziehungen dem Parlament nehmen und auf dem Verordnungsweg vornehmen. Die laute Ausrede für dieses völlig überflüssige Bognnen lautet: es liegen zu viel einander widersprechende Wünsche und Forderungen der Beamenschaft zur Regelung der Amtsbeziehungen vor.

Merkwürdig! Es gab doch schon bisher Amtsbeziehungen und auch Beamtenwünsche über die Regelung der Amtsbeziehungen. Warum muß jetzt, wo im Zusammenhang mit der Beförderung eine gewisse Vereinfachung der Amtsbeziehungen notwendig geworden ist, auf einmal die Regelung in die Hand des Reichspräsidenten gelegt werden? Dafür ist bei dem besten Willen kein halbwegs vernünftiger Grund zu entdecken — wenn nicht etwas anderes hinter dem vom deutschnationalen Reichsinnenminister angestellten Manöver steckt. Liegt erst einmal die Regelung der Amtsbeziehungen in der Hand des Reichspräsidenten, dann ist, so rechnet Herr v. Reudell, bis zum Wiedererleben des Titelfugs nur ein kleiner Schritt. Man vereinfacht, man setzt die Amtsbeziehungen in einzelnen so lange, bis der Titel wieder da ist. Gegen diesen faulen Zauber muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden.

### Die Heidelberger Besprechung.

#### Ein offizielles Kommuniqué.

Ueber die Heidelberger Sonderkonferenz Dr. Wirths und anderer Zentrumsgesandten wird laut Germania von betriebliger Seite ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt:

Die politischen und kulturpolitischen Fragen, die in der deutschen Öffentlichkeit während der letzten Monate aufgetreten sind, haben im katholischen Lager Stimmen laut werden lassen, die in einem scheinbaren Gegensatz zu überlieferterem Erbgut standen. Die Konferenz empfing freier persönlicher Initiative und verfolgte keineswegs den Zweck, in die Reihen der zuständigen Instanzen durch Zwischenaktionen eines „Konventikels“ einzugreifen. Dabei ergab sich die Feststellung, daß derartige Erörterungen fruchtbar sind und ihre Weiterführung geeignet sein wird, die Spannungen zu lösen, die zu schweren Konflikten in diesen Tagen geführt haben. Die Konferenz war sich fernerhin darin einig, daß durch positive Mitarbeit an dem vorliegenden Reichsausschuss gefordert werden könnte, die sowohl dem religiösen Verlangen des katholischen Volksteils, als seinen Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Rahmen der Volksgemeinschaft gerecht wird.

Dieses Kommuniqué bestätigt den völligen Zusammenbruch der Wirth-Offensive nur erneut. Wirth und Genossen erklären die Zentrumsoption, auf weitere Aktionen verzichten zu wollen. Dies geschieht zwar unter allerlei Verkaufserklärungen. Wer indes zwischen den Zeilen zu lesen versteht, erkennt, daß nunmehr das Zentrum mit keinerlei weiteren Schwierigkeiten zu rechnen braucht, sobald es gilt, die Zerstückelung der Schule in allerlei Konfessionen endgültig durchzuführen.

### Der Stahlhelm gratuliert seinem Ehrenmitglied.

Z. N. Berlin, 30. September.

Im Rahmen des Festprogramms am Hindenburgtag ist auch der Empfang einer Abordnung der Bundesleitung des Stahlhelms beim Reichspräsidenten vorgesehen. Die beiden Bundesführer Seidte und Duesterberg sowie der Bundeskanzler, Generalmajor a. D. Geertz, werden ihrem Ehrenmitgliede die Glückwünsche der Kameraden persönlich übermitteln.

### Abrüstungsantrag in der Schweiz.

WTB Bern, 1. Oktober.

Im Generalkrat hat der sozialdemokratische Nationalrat Sigg (Zürich) einen Antrag eingebracht, in dem der Bundesrat ersucht wird, angesichts der vom Völkerverbund neuerdings garantierten Neutralität der Schweiz an die Abrüstung heranzutreten und beim Völkerverbund anzufordern, ob er die Garantien für die Sicherheit des Landes übernimmt, wenn das Schweizerische Militär durch eine einfache Ordnungstruppe ersetzt wird.

### Ein Gratulant!



„Hermline, raja, Meine gesammelten Reden, — Mir fällt keine passende Taktlosigkeit ein!“